

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

25.2.1921 (No. 47)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 14, Karlsruher Zeitung, Nr. 14, Karlsruher Zeitung, Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur, C. A. M. e. d., Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.00 M. - Einzelnummer 25 P. - Anzeigengebühren: die zum gehaltenen Preis... in beiden unserer Restaurants hat der Inserent keine Anfrische, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint.

Amtlicher Teil.

Die Schulgelderhebung an den höheren Lehranstalten

Es haben sich Zweifel darüber ergeben, ob das Schulgeld an den Osnern schickende Schuljahr 1920/21 für ein ganzes Jahr oder nur für den Zeitraum bis Osnern, sonach für zwei Zeitpunkte zur Erhebung zu kommen habe.

Das Naturalisationsgesuch eines Lehrers an die französische Regierung.

Durch die Presse geht zurzeit eine Notiz, in der das Naturalisationsgesuch eines Lehrers in Wiesloch an die französische Regierung besprochen wird.

Die Annahme von Dienststellungen im Auslande durch deutsche Mädchen.

Das Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts veröffentlicht folgende Bekanntmachung an die Schulbehörden und Lehrer der Volksschulen: Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland...

Dr. Simons über die Londoner Konferenz.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich gestern mit der Stellungnahme zur Londoner Konferenz. Bei dieser Gelegenheit nahm der Außenminister Dr. Simons nochmals Gelegenheit, Lage und Stellung Deutschlands im Hinblick auf die Londoner Konferenz zu präzisieren.

strielles Ausfuhrland erledigt. Das deutsche Volk wird lieber zugrunde gehen, als das Urteil darüber... Reichsminister Dr. Simons

führte darauf aus: Im großen und ganzen hat das Ausland recht, wenn es den Reichswirtschaftsrat die Kammer der Arbeit nennt.

Die Reichsregierung ist gewillt, die Entwaflnungsverpflichtungen, die der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa und aufgelegt haben, in der Form, wie sie jetzt in ihren mäßigen Terminen dem deutschen Volk in Paris auferlegt sind, innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages zu erfüllen.

Unzweifelhaft ist, daß wir in den Reparationsfragen einen außerordentlich harten Sturm zu bestehen haben werden. Die Pariser Beschlüsse sind nicht etwa aus der Luft gegriffen, sondern sie sind im heißen Kampfe und, wie ich glaube, in größter Eile schließlich zustandekommen, um die unbedingten Notwendigkeiten der finanziellen und wirtschaftlichen Lage unserer Gegner gerecht zu werden.

Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb handeln die Gegner gegen ihr eigenes Interesse, wenn sie das deutsche Volk zu dieser Fronarbeit verurteilen.

Von der Reichsregierung ist bereits beschloffen worden, daß wir Gegenanträge machen wollen. Wir haben große Mühe gehabt, diese ungeheuer schwere Aufgabe zu lösen.

Selbstverständlich werden wir unsere Gegenanträge nicht früher der Öffentlichkeit unterbreiten können, als sie unseren Gegnern vorliegen.

Vor auf es der deutschen Regierung ankommt, ist, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit seiner Abgrenzung zutrifft.

Ich habe mir Mühe gegeben, Ihnen die Konsequenzen zu zeigen, die uns zwar noch nicht offiziell angedroht sind, aber doch schon vorausgesehen werden können.

Andererseits erkläre ich, daß sich manche Anzeichen wahrnehmen lassen, daß eine Ablehnung der Vor schläge von Paris zu Sanktionen führen werden.

Die deutsche Regierung hat die Absicht, trotzdem den Friedensvertrag in den Grenzen des Möglichen auszuführen. Wie weit diese Grenzen gehen, haben wir geprüft.

Im Anschluß an die Ausführungen des Außenministers nahm der Reichswirtschaftsrat einstimmig eine Entschlossenung...

an, in der zum Ausdruck kommt, der Reichswirtschaftsrat er-
scheint es für seine Pflicht, vor dem Lande und vor der Welt
zu bezeugen, daß er die in der Pariser Note erhobenen For-
derungen für unannehmbar hält. Der Reichswirtschaftsrat
bittet die Regierung, bei Erfüllung der Verpflichtung der
Wiederherstellung die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Auge
zu behalten. Sollte bei den Londoner Verhandlungen eine
Einigung mit den Gegnern nicht zu erzielen sein, so bittet der
Reichswirtschaftsrat in voller Würdigung der Folgen die
Reichsregierung einmütig und dringend, auf ihrer Ablehnung
der gegnerischen Vorschläge zu bestehen.

Politische Neuigkeiten. Die Münchener Konferenz der Ernährungsminister

Hat ihre Verhandlungen am Mittwoch mittig zu Ende geführt.
Die Besprechung über die künftige Getreidebewirtschaftung
hatte das Ergebnis, daß etwa eine Umlage bis zu einem
Durchschnitt von vier Doppelzentner pro Hektar der Gesamt-
anbaufläche von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer auf-
gelegt werden soll. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde
die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen
und die Versorgungsregelung vom 25. 12. 1915 besprochen.
Es ergab sich dabei Übereinstimmung in der Auffassung, daß
der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, um die gezielten
Beschränkungen und Höchstpreisfestsetzungen der Länder und
der Kommunalverbände über Erzeugnisse, für die das Reich
die öffentliche Bewirtschaftung aufgehoben, vollkommen fallen
zu lassen. Den Ländern wie auch den Kommunalverbänden
soll die Befugnis gegeben werden, im Einverständnis mit dem
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Ver-
hütung von Nottänden Maßnahmen in diesem Sinne zu treffen.
Als Ziel müsse im Auge behalten werden, in absehbarer Zeit
solche Beschränkungen völlig zu beseitigen.

Bei der Besprechung über die Fleischversorgung zeigte sich,
daß eine Ausdehnung der Verordnung vom 19. 9. 1920 hin-
sichtlich des Schlachtkörpermanges für den Viehverkehr und des
Kongessionszwanges für den Fleischabsatz, die von verschiede-
nen Landesregierungen vorgeschlagen war, nicht zweckmäßig
erscheint. Die durch die Verteilung von verbilligtem Mais
ermöglichte Schweinemästung auf vertraglicher Grundlage
soll unverzüglich durchgeführt werden.

Bzüglich der Kartoffelversorgung im kommenden Wirt-
schaftsjahr wurde von der überwiegenden Mehrheit der Ver-
sammlung die völlige Freigabe entsprechend dem Vorschlag der
Reichskartoffelstelle empfohlen. Beschränkungen sollen nur
bei besonderen Notständen mit Zustimmung des Reichsministe-
riums zulässig sein.

Anschließend erfolgte eine eingehende Aussprache über die
gegenwärtige Lage der Milchproduktionswirtschaft und die zur
Verbesserung der gegenwärtigen Situation notwendigen Maß-
nahmen. Die Aussprache hatte aber zunächst nur vorberei-
tenden Charakter, da auf der nächsten Konferenz der Ernäh-
rungsminister die Frage der Neuregelung der Milchproduktions-
wirtschaft einer endgültigen Beratung unterzogen werden soll.
Es bestand Einverständnis darüber, daß alle Mittel angewandt
werden müssen, um zu einer Steigerung der Milchproduktion
und zu einer besseren Versorgung der Verbraucherzentren
mit Milch zu gelangen. Die nächste Konferenz der Ernäh-
rungsminister findet Ende März in Bremen statt.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die Aussprache über das
Reichsarbeitsministerium fort. Es sprachen die Abg. Leo-
pold (D. N.), Andre (Zentr.), Waldbauer (D. N.), Dr.
Frank (L. S.) und Schröter (D. N.). Die Weiterberatung
erfolgt am Freitag.

Der nationale Trauertag.

Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichsrat einen
Gesetzentwurf über den allgemeinen Trauertag zugehen las-
sen. Er besteht aus einem einzigen Paragraphen:

Landestheater.

Castieler.

Die Castieler in der Oper häufen sich zurzeit, da für eine
Anzahl wichtiger Fächer noch immer keine geeigneten Kräfte ge-
funden werden konnten. Am Mittwoch bewarb sich nun als
„Madame Butterfly“ Fräulein Stechert aus Bam-
berg um Anstellung als lyrische Sängerin. Nach dem
Eindruck dieses Castiels zu urteilen, dürfte die
Künstlerin zum mindesten für den engeren Wett-
bewerb in Frage kommen. Sie besitzt ein angenehmes Klingen-
des, leicht anpreisendes und für ihr Fach anscheinend auch
hinreichend reichhaltiges Organ, das in allen
Lagen gut durchgebildet ist, charakteristischer Klangfärbung
fähig und von allen Arten, vor allem aber von jeder Schärfe
frei zu sein scheint. Auch ihr Spiel, ihre Aussprache und ihr
Vortrag wirken sympathisch und liehen die Vermutung an,
daß die Sängerin auch in anderen Partien weitgehenden An-
sprüchen Genüge leisten werde. Köllige Gewißheit darüber
könnte natürlich nur ein weiteres Castiel geben.

Weniger befriedigend verlief das Castiel des Herrn H. M.
Lohm vom deutschen Theater in Brunn, der sich in der ge-
strigen Aufführung von Gounods „Margarite“ als Faust um
das Fach des lyrischen Tenors bewarb. Der Künstler hat zwar
stimmliche Mittel und weiß seinem Organ dank fleißiger Schu-
lung auch günstige Wirkungen abzugewinnen. Im großen
Ganzen fehlt ihm jedoch zum ersten lyrischen Tenor doch der
lechte Schluß, die musikalische Kultur, der sinnliche Klangreiz
und die Reizbarkeit schmiegsamer und ausdrucksvoller Ton-
gebung. Die Aussprache ließ stellenweise die nötige deut-
lichkeit vermissen. Dazu kommt der Umstand, daß auch die
äußere Erscheinung des Künstlers nicht durch Eleganz oder
weltmännische Bewandtheit besticht. Gerade dieser Umstand
aber darf bei einem lyrischen Tenor, der immerhin die Rollen
eines Herzogs im „Rigoletto“, eines Hamlets, eines Walter
Eisling, Belmonte, Phylades, Graf Almaviva im „Barbier“,
eines Nababes, Alfred Germont usw. usw. darzustellen hat,
nicht außer Acht gelassen werden. Herr Lohm hat gewiß Vor-
züge. Da es sich für die Karlsruher Oper jedoch heute um
die Zurechtgewinnung ihres einstigen Ansehens handelt, kann
als erster lyrischer Tenor nur eine den Durchschnitt erheb-
lich überragende Kraft in Frage kommen. Man wird also
weiter suchen müssen; lassen wir es uns nicht verdrießen! Im
übrigen brachte die Aufführung auch die Neubekennung der
Titelrolle durch Erica von Thjaja. Frau v. Thjaja hatte
gegenüber der von Viehreis umflossenen, von rührender Zu-
migkeit besetzten Verkörperung dieser Gestalt durch Göth Pott-
soh einen schweren Stand, bot aber doch eine gefällige und

Der 6. März 1921 wird zum allgemeinen Trauertag für
die Opfer des Krieges erklärt.

In der Begründung wird gesagt, daß die Reichsregierung in
dem erwählten Antrage eine Bestätigung dafür erblickt, daß
„weite Kreise des Volkes das Bedürfnis empfinden, einen Tag
des Jahres dem Gefühl der Trauer über die Opfer zu wid-
men, die der Krieg dem Staate und dem einzelnen auferlegt
hat. In diesem Tage mögen sich alle Volksgenossen einig
sein in dem Gedanken an die im Kriege gefallenen und beschä-
digten Verteidiger des Vaterlandes, an die aus der Gefangen-
schaft oder aus fernen Ländern nicht zurückgeführten, an ihre
durch Not und Entbehrungen verlorenen Lieben, an die vom
Heimatlände abgetrennten oder unter fremder Befugung
schmachtenden Stammesbrüder, an alle Weiden und Schreden.
Dem einzelnen wie der Gesamtheit durch den Gewaltfrie-
den auferlegt worden sind.“ Der Trauertag soll ein Tag der
Arbeitsruhe sein und durch würdige Feiern in religiöser und
weltlicher Form begangen werden und den Schutz der staatlich
anerkannten Feiertage und Reichs- und Landesrecht genießen.
Für dieses Jahr wird der 6. März als Trauertag vorgeschla-
gen. Die Frage der Festsetzung eines allgemeinen Trauertages
für künftige Jahre soll weiteren Verhandlungen vor-
behalten bleiben. (Nach einer späteren Mitteilung erscheint die
Wahl eines späteren Tages wahrscheinlich. Red.)

Keine politischen Abenteuer.

In der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ bezeichnet eine her-
vorragende Persönlichkeit des deutschen Wirtschaftslbens als
Ergebnis der Stunde, daß angesichts der drohenden politi-
schen Gefahr sich manche politische Kreise nicht zu unüberlegten
Handlungen hinreißen lassen sollen. Ein solches Abenteuer
würde im Auslande erneut falsche Vorstellungen von militä-
rischen Leistungen in Deutschland erwecken. Eine Wieder-
holung der Ereignisse, wie sie im März vorigen Jahres zuerst
von rechts und dann von links herbeigeführt wurden, würde
für den Bestand des Reiches verhängnisvoll werden. Die von
der Mehrheit der Bevölkerung getragene Regierung in Preu-
ßen müsse jeden als Feind behandeln und gegebenenfalls
als Aufbehalter unschädlich machen, der die Ruhe stört, mag
er von rechts oder links kommen.

140 Millionen Gulden für die deutsche Industrie.

Bei Gründung der Treuhandgesellschaft, die den von
Holland gewährten Kredit von 140 Millionen Gulden zu
verwalten hat, hielt Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine
Ansprache, in der er der „Voss. Ztg.“ zufolge erklärte, daß es
sich hierbei um ein Abkommen handle, wonach Holland der
deutschen Industrie einen Kredit von 140 Millionen Gulden
auf lange Dauer und zu einem fairen Zinssatz zur Beschaf-
fung von Rohstoffen zur Verfügung stelle. Der Kredit sei
durch Staatsvertrag vereinbart, aber nicht als Staatskredit
anzusehen. Finanzminister Dr. Wirth dankte der holländi-
schen Regierung, die durch dieses Abkommen den Weg zeigte,
auf dem allein das weltwirtschaftliche Gleichgewicht wieder zu
erreichen sei.

Ein amerikanischer Protest.

Die amerikanische Regierung erklärte dem Völkerbund, sie
habe niemals ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Insel
Jap unter die dem japanischen Mandat zugewiesenen Gebiete
falle. Sie erinnere daran, daß sie bereits die englische, fran-
zösische, italienische und japanische Regierung davon benach-
richtigt habe, daß die Insel Jap notwendigerweise bei jedem
Plan und praktischem System der Kabelverbindung im Stillen
Ozean in Frage komme, und daß keine Macht solche Ver-
bindungen beschneide oder kontrollieren dürfe. Infolgedessen
setze sich die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt,
höflich zu erklären, daß sie sich durch die Bestimmungen des
erwähnten Mandats nicht für gebunden erachten könne und
daß sie Wert darauf lege, daß man von ihrem Protest wegen
die am 17. Dezember in dieser Frage vom Völkerbunds-
rat getroffene Entscheidung Kenntnis nehme. Sie bitte
gleichzeitig den Rat, dessen Vorgehen offenbar auf eine un-
genaue Auslegung der Tatsachen zurückzuführen sei, die Frage
einer erneuten Prüfung zu unterziehen, die die Vorbedingung
einer gerechten Regelung sei.

Annäherung der beiden sozialdemokra- tischen Landtagsfraktionen in Sachsen.

Die „Leipziger freie Presse“ berichtet: „Vor einigen Tagen
hat eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden sozialdemokra-
tischen Landtagsfraktionen und Parteisektionen stattgefunden,
in der eine einmütige Auffassung über die Grundlinien der
sächsischen Politik gutgeheißen ist. Vom Innenminister
Kipinski sowie vom Arbeitsminister Jädel wurde der Wunsch
ausgesprochen, daß angesichts der engen Arbeitsgemeinschaft
der beiden sozialdemokratischen Parteien nun auch in der be-
derseitigen Presse eine größere Zurückhaltung geübt werden
möge. Von mehrheitssozialistischer Seite wurde darauf er-
widert, daß man sofort bereit sei, in dieser Hinsicht zu ver-
fahren, sobald die unabhängige Presse ihre Angriffe ein-
stellen würde.“

Ein schwerer französischer Übergriff.

In Parisen heute gestern ein französischer Offizier und
mehrere Soldaten des Mars des Théophil Kupa ange-
klagten Schloßer Kitz aus dem Gefängnis. Durch die
er Anklage der künftigen Gerichtsbarkeit entzogen worden.
Der Grund für die beispiellose Vorgehen Frankreichs ist darin
zu suchen, daß der für seinen angelegte Prozeß wahrscheinlich
den engen Zusammenhang der vierköpfigen Arbeiterbarde mit
dem politischen Revolutionskomitee bewiesen hätte. Aus
diesem Grunde hat der französische Oberregierungsanwalt die
Verhandlung unter dem Vorwand verhindert, daß der Ver-
dacht besteht, die deutsche Justiz wolle den Revolutionsprozeß in po-
litikales Fahrwasser leiten. Des Weiteren ließ er die Ge-
richtsrollen wegnehmen und die Zeugen und Gutachter ab-
bestellen.

Kurze polit. Nachrichten.

Zu der Frage der Kabinettsbildung erfahrene die Blätter
aus parlamentarischen Kreisen, daß der Vorsitzende der Deut-
schen Volkspartei, Dr. Stresemann, an die anderen Reichs-
koalitionsparteien ein Schreiben gerichtet hat, in dem er vor-
schlägt, die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen
Koalition im Reiche und in Preußen bis nach der Lon-
doner Konferenz zu verschieben. „Voss. Ztg.“ ist ange-
nehm, daß diesem Vorschlag, der auch den Wünschen der So-
zialdemokraten Rechnung trage, entsprochen werde.

Die Unterfischung gegen Dr. Gernes: Unmittelbar nach
der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Bildung eines
Ausschusses, der 28 Mitglieder zählt, zur Unterfischung der
gegen den Reichsernährungsminister Dr. Gernes erhobenen
Beschuldigung vorgenommen.

Der Völkerbundsrat hat Deutschland zur Teilnahme an
der Verkehrs-Konferenz in Barcelona eingeladen.

Der Mietneuergehwurf. Der vorläufige Reichswirt-
schaftsrat hat die Vorlage betr. die Mietsteuer mit einem An-
trag Wiffell (keine Rückfälle zu Spekulationsbauten) und
einem Antrag Gensle (Freistellung der Steuerfreiheit der ge-
werbedienenden öffentlichen Gebäude) angenommen.

Unregelmäßigkeiten beim Hamburger Wohnungsamt. Am
Dienstag ließ die oberste Staatsanwaltschaft in Hamburg
durch 30 Polizeibeamte und die Sipo das dortige städtische
Wohnungsamt besetzen. Die Bureaus wurden sofort geschlo-
sen und 12 Angestellte verhaftet. Es liegen schwere Anlagen
wegen Verletzung vor.

Die Einschleppung der Schlafkrankheit nach Europa. Nach
einer Pressemeldung aus Paris ist beim Obersten Rat der
Alliierten von neutraler Seite ein Antrag auf Zurückziehung
aller afrikanischen Truppen aus Europa eingegangen mit der
Begründung, daß der berechtigteste Verdacht bestehe, daß durch
die Verwendung der nordafrikanischen Streitkräfte eine erhöhte
Einschleppungsgefahr der Schlafkrankheit bestehe.

Badische Uebersicht.

Der neue Präsident der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Das Staatsministerium hat den Ministerialrat Dr. Ka-
simir Paul zum Präsidenten der Direktion des Wasser- und
Straßenbaues ernannt. Die Ernennung ist erst jetzt erfolgt;
die diesbezügliche Meldung eines Freiburger Blattes, welche
auch in andere Blätter übergegangen ist, war verfrüht.

Dr. Paul ist schon seit längerer Zeit im Staats- und Ge-
meindebedienst tätig. Er wurde 1878 in Mannheim geboren,
studierte Jurisprudenz und trat 1896 als Rechtspraktikant
in den Staatsdienst ein. 1899 wurde er Referendar, 1902
Amtmann und 1907 Oberamtmann. 1909 wählte ihn die
Stadtverwaltung in Karlsruhe zum 1. Bürgermeister. In die-
ser Stellung verblieb er bis Anfang Oktober 1919. Die Par-
teistellung nach den Stadterordneten- und Stadtratswahl-
en in Karlsruhe führte zu seinem Austritt aus dem Ge-
meinde- und zum Wiedereintritt in den Staatsdienst. Er
wurde Regierungsrat im Ministerium des Innern, im März
1920 Ministerialrat. In den letzten Monaten hat er die Er-
nährungsabteilung geleitet.

Das ihm nunmehr übertragene Amt ist ein schwieriges, denn
der Ausbau unserer Wasserkräfte gehört zu den bedeutungs-
vollsten wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft des badischen
Landes. Man darf zu Dr. Paul das Vertrauen haben, daß
er diesen Aufgaben gerecht wird. Hat er doch u. a. auch die
Bauabteilung der Bezirksämter in Freiburg und Donaueschingen,
sowie bei der Stadtwirtschaft in Karlsruhe geleitet.
Ihm ist auch der seinerzeitige rasche Wiederaufbau der im
Jahre 1908 zum großen Teil niedergebrannten Stadtgemeinde
Donaueschingen zu danken. Man schätzt seine Fähigkeiten für
den Verwaltungsdienst. Auch die technischen Aufgaben be-
ginnen bei Dr. Paul großem Verständnis.

Sein Vorgänger im Amt war bekanntlich Staatsrat Dr.
Krems, der vor 2 Monaten in den Ruhestand getreten ist.

Badischer Landtag.

Der Landtag wird am nächsten Dienstag, nachmittags 2 1/2
Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Es soll
der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Bezüge der Ruhe-
gehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen beraten wer-
den.

darstellerisch relativ annehmbare Leistung. Von den
übrigen Darbietungen verdient noch der gut gesungene und
wirksam gespielte Mephisto Giefens namentliche Hervor-
hebung. G. Hüf.

Zeitschriftenchau.

Jugendkoronation.

Die treffliche Zeitschrift „Jugendkoronation“ tritt
mit ihrem Januar/Februar-Doppelheft den 32. Jahrgang an.
Ihr Herausgeber und Leiter ist noch immer Horst Alexan-
der Koch-Darmstadt, dieser selten rührige Mann, der mit
seiner Laikraft, seiner organisatorischen Begabung und sei-
nen feinen künstlerischen Verständnis für das moderne
deutsche Kunstgewerbe, für die moderne deutsche Jugendkoronation
kunst Unübertroffenes und Unvergängliches geleistet,
und dessen Persönlichkeit sich aus der Geschichte der Kunst
unserer Zeit einfach nicht mehr wegdenken läßt. Alexander
Koch ist einer der allerfrühesten Amateure und einer der berufen-
sten Führer gewesen auf dem Wege der Entwicklung, der das
deutsche Kunstgewerbe und die deutsche Kunst in den letzten
Jahrzehnten beschritten hat. Und auch heute noch ist diese
Frühreife unbestritten, diese Kunst der Einführung und
Anregung die gleiche.

Die Monatszeitschrift „Jugendkoronation“ aber war
eines der vornehmsten Mittel, mit denen Alexander Koch für
seine Ideen und für die technische Vervollkommnung und
künstlerische Bereicherung der deutschen Raumkunst geworben
hat. Ein neuer Jahrgang der Zeitschrift gibt uns Anlaß, die-
ser Aufgabe von neuem zu gedenken und wieder einmal auf
die einzigartige Betätigung hinzuweisen, die diese
mit hervorragendem Geschmacl geleitete, stets eine Fülle von
Belebung und Anschauung reichhaltige, musterhaft aus-
gestattete Zeitschrift besitzt. Die textlichen Beiträge, die Einrich-
tungen, Möbel und Biergeräte, die uns in Abbildungen ge-
zeigt werden, sind ebenso, wie der Druck, das Papier und die
Bildreproduktionen Beweise einer hohen Kultur, um
die wir uns ruhig von anderen beneiden lassen können. Die
Lektüre und Durchsicht eines jeden der Hefte ist eine ästhetische
Freude und Erholung ersten Ranges, eine jener innerlichen
Erquickungen, wie sie uns in dieser Zeit des Elends doppelt
und dreifach willkommen sind.

Das vorliegende Doppelheft ist wieder eine glänzende Be-
stätigung des hier Gesagten. Es wird der Zeitschrift hoffent-
lich recht viele neue Freunde werden, die alten Freunde aber
in dem Gefühl der Genugtuung und Dankbarkeit bestärken.
G. A m e n d.

Generalversammlung des Vereins Bad. höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung.

LPD. Der Verein bad. höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung hat kürzlich eine außerordentliche Generalversammlung hier abgehalten. Dabei fanden die notwendig gewordenen Ergänzungswahlen für den Vorstand statt, der sich nunmehr wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Oberamtmann Schulte-Karlstraße, 2. Vorsitzender Regierungsrat Sehle-Karlstraße, Oberamtmann Krüppel-Schwehingen, Geheimrat Regierungsrat Bauer-Billingen, Oberamtmann Rupp-Oberlitz, Geh. Oberregierungsrat Freisler von Red. Baden-Baden, Amtmann Althaus-Bannheim, Regierungsrat Schol-Karlstraße, Regierungsrat Nicolai-Karlstraße. Die Generalversammlung befaßte sich hauptsächlich mit der Verwaltungsreform, insbesondere dem Antrag der Abgg. Dr. Gisdner und Genossen zum Verwaltungsgesetz. Das Ergebnis der Debatte wurde in einer Resolution niedergelegt, die dem Landtag überandt und der Öffentlichkeit noch bekannt gegeben wird.

Weiter wurde eine Resolution hinsichtlich der Amtsbezeichnung angenommen, wonach bei dem Landtag und der Regierung die Einführung der Amtsbezeichnungen Landrat für Oberamtmann und Regierungsrat für Amtmann beantragt wurde. Die bisherigen höheren Verwaltungsbeamten trennen sich nur schwerem Herzen von den althergebrachten, ihnen liebgehabten Amtsbezeichnungen. Jedoch sind die Bezeichnungen Oberamtmann und Amtmann in steigendem Maß bei anderen Dienststellen in Gebrauch gekommen, so daß es im Interesse der Bevölkerung liegt, eine Amtsbezeichnung zu finden, die einerseits jede Verwechslung ausschließt und andererseits das Wesen der Amtstätigkeit am Karsten zum Ausdruck bringt.

Tagung des Südwestdeutschen Handelskammerausschusses für Hotelgewerbe u. Fremdenverkehr.

Vor einigen Tagen fand in der Stuttgarter Handelskammer eine außerordentlich zahlreich besuchte Tagung des Südwestdeutschen Handelskammerausschusses für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr statt, die Kommerzienrat Hell, Präsident der Handelskammer Karlsruhe als Vortragsredner leitete. Über diese Versammlung, der Vertreter von Handelskammern, Stadtverwaltungen, Hotelverbänden und Verkehrsvereinen beiwohnten, wird uns berichtet: Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein interessanter, mit hartem Fleiß aufgenommener Bericht des Herrn Hotelbesizers Fritz Hölliger-Baden-Baden über die erste Hauptversammlung des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands am 7. und 8. Dezember 1920 in Berlin. Der Vortragende legte mit eindringlicher Deutlichkeit die Bedeutung des Hotelgewerbes im deutschen Wirtschaftsleben am Hand gabelnmäßiger Belege dar. Umso mehr befremde es, daß man diesem Wirtschaftszweige eine selbständige Vertretung im Reichswirtschaftsrat verweigert habe. Der Berichtsteller sprach die sichere Erwartung aus, daß der Wunsch nach einer solchen Vertretung möglichst bald erfüllt werde. Er wandte sich sodann gegen die Beeinträchtigung des Hotelgewerbes durch behördliche Maßnahmen und Zwangswirtschaft und mißbilligte ferner die angeordnete Gebäudefiskusierung über die Hotelsteuer, die in weitestem Maße als unzulässig empfunden werde. Da sie aber trotzdem in einer Anzahl von Städten bereits eingeführt sei, habe sich das dringende Bedürfnis nach einheitlichem Verfahren herausgestellt, wobei nach Ansicht der Versammlung der Steuerfuß 10 Prozent nicht übersteigen dürfe. Allgemeinen Anklang fand es bei der Versammlung, daß die südwestdeutschen Handelskammern durch Errichtung eines besonderen Hotelausschusses in vorbildlicher Weise eine enge Verbindung mit den in Betracht kommenden Gewerbetreibenden herzustellen sollten. Insbesondere sollte die Versammlung dem Vortragsredner die in den vergangenen drei Jahren geleistete Arbeit und wählte daher auch für die folgenden drei Jahre den bisherigen Vortragsredner. Unter Hinweis auf das Bestreben, innerhalb der Handelskammer Industrie- und Handelsgewerbe zu bilden, erschien es dringend erforderlich, überall da die Wahl eines Vertreters des Hotelgewerbes in die Handelskammer zu verlangen, wo die in Rede stehenden Betriebe nicht bereits, wie dies in vielen Kammern schon der Fall ist, über eine Vertretung in der Handelskammer verfügen und wo nach Lage der Verhältnisse eine solche Vertretung geboten erscheint. Auch wurde die Bildung von Verkehrsvereinen bei den Handelskammern unter Einbeziehung der Gastindustrie für außerordentlich erwünscht erachtet. Die Sitzung befaßte sich sodann auf Grund eines Berichtes von Dr. Krienen, Syndikus der Handelskammer Karlsruhe, eingehend mit den Fragen des Preisabbaus und den gegen das Hotelgewerbe erhobenen Anschuldigungen hinsichtlich der Preisbemessung, wogegen Stellung genommen wird. Die Weiterbehandlung dieser Angelegenheit wurde einem besonderen, demnächst zusammenzutretenden Unterausschuß überwiesen. Zum Schluß fand noch eine Aussprache über die Trinkgeldgewährung statt.

Protokoll gegen die Pariser Beschlüsse.

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen das Diktat von Paris gestaltete sich die Versammlung zu der sämtliche politischen Parteien der Stadt Baden-Baden auf Dienstag abend geladen hatten. Der Gartenhof des Kurhauses war so vollgepfropft, daß auch der Blumenhof daneben noch in Anspruch genommen werden mußte. Nach einer Rede des Mandatsträgers Dr. Baumgartner wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

An die Reichsregierung (Reichsamt), Berlin. Entschließung. Eine von den Parteien gemeinsam einberufene, ein druckvolle Versammlung der Einwohnerstadt Baden-Badens spricht der Reichsregierung einmütig das Vertrauen und die unabdingbare Zustimmung aus, daß sie, entsprechend der feierlichen Erklärung des Außenministers, in der Ablehnung der unerfüllbaren Pariser Forderungen unerschütterlich fest bleibt. Wir in der Südwesende des Reiches sind entschlossen, für die Pflicht und die Ehre des Vaterlandes jedes Opfer zu bringen!

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Konstanz, 24. Febr. Zu dem Silberhandel, über den wir in den letzten Tagen berichtet haben, wird uns noch dröhnend mitgeteilt: Die Beförderung des Silbers über die Grenze geschah in ähnlicher Weise, wie der Warenhandel während des Krieges, der durch einen unterirdischen Gang vollzogen wurde. Diesmal wurde offenbar eine Kanalhöhe benutzt. Gestern ist ein weiterer Silberdieb verhaftet worden, der 1000 Silberfranken nach der Schweiz bringen wollte.

LPD. Lauterbachshausen, 24. Febr. Da trotz Aufforderung des Amtsvorstands eine Reihe von Landwirten im Bezirk ihrer Ablieferungspflicht bisher nicht nachgekommen sind, wurde eine Kassa der Ordnungspolizei veranstaltet. Es wurde sowohl nach Getreide, wie nach verkasteten Waffen gesucht. In der ersten Ortschaft Gerchsheim wurden bei 22 Landwirten erhebliche Mengen Brotgetreide vorgefunden. Laut „Hörs. Tagbl.“ wurden 338 Sester abgeführt und weitere Mengen für beschlagnahmt erklärt. Bei einem Landwirt wurden allein 70 Sester Brotgetreide gefunden. Die Durchsicherung weiterer Ortschaften steht bevor.

Kurze Nachrichten aus Baden.

LPD. Pforzheim, 24. Febr. Vor einiger Zeit liefen hier Gerüchte um, wonach bei dem Stadtverordneten und Führer der Rathhausfraktion des Mittelstandes, Kaufmann Kayenberger ein ziemlich umfangreiches Waffenlager, Handgranaten, Gewehre und Patronen gefunden worden seien. Die Waffensuche haben nun das Schöffengericht beschäftigt. In der Verhandlung ergab sich, daß bei Kayenberger der mit seinem mitangelegten Sohn vor dem Gericht erschienen war, 12 Karabiner, 11 Handgranaten ohne Zünder und 648 Patronen gefunden wurden, die bereits verpackt waren. Das Urteil lautet wegen Fahrlässigkeit auf je 200 M. Geldstrafe unter Bestätigung der Urteile mit den Kosten. Eine eigentliche Absicht der Verschleierung oder der Verschleierung hat, wie es in der Begründung heißt, nicht nachgewiesen werden können.

LPD. Engen, 24. Febr. Der Preisbau macht sich auch auf dem Holzmarkt immer mehr bemerkbar. Bei den im Gange abgehaltenen Kuppelversteigerungen wurden teilweise bis 25 Proz. unter den fortstehenden Anschlägen geboten und bezahlt. Auch bei den Schweinepreisen läßt sich hier ein Preisrückgang von 20 Prozent feststellen.

LPD. Salem, 17. Febr. Im Anschluß an eine Saalgutausstellung wurde hier ein von über 1000 Teilnehmern besuchter Kartoffelbauausstellung abgehalten. Der Kurs wurde von Staatsrat Dr. Weßhaupt, dem Präsidenten des Bad. Bauernvereins, eröffnet. Hierbei betonte Weßhaupt, daß es die größte Pflicht der Landwirtschaft sei, ihre Produktion in jeder Hinsicht aufs höchste zu steigern, einmal um die Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen und zum anderen, um die ihr auferlegten Steuerlasten tragen zu können, zugleich aber auch, um die Einfuhr und damit unsere Verschuldung dem Ausland gegenüber auf ein Mindestmaß beschränken zu können.

Aus der Landeshauptstadt.

Das finanzielle Ergebnis des Wahlzweckes- und Pressefestes liegt nun, nachdem die Rechnungen erledigt sind, vor. Es darf ausgezeichnet genannt werden. Die Bruttoeinnahme betrug 84052 M. Nach Abzug der Ausgaben bleibt ein Nettogewinn von 40 000 M., so daß die Jugendhilfe, die sich vorwiegend mit der Unterbringung von Kindern in Ferienkolonien befaßt, 20 000 M. und der Verein Karlsruher Presse als Unterhaltungsverein ebenfalls 20 000 M. erhält. Diese Zahlen bestätigen, daß die Kosten für die Vorbereitungen eine Höhe erreicht hatten, die ein solches Fest als Unmöglichkeit erscheinen lassen mußten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Veranstaltung waren ganz bedeutend. Die Stadt erhält an Einnahmen für Miete und anderes etwa 12 000 M., die natürlich auch dem Steuerzahler zugute kommen. Außerdem fließen dem Staat erhebliche Beträge für Steuern usw. zu. Das erfreulichste ist aber, daß für reine Wohlfahrtszwecke 40 000 M. erzielt wurden. Das dürfte auch jene Verbände, die die betrübenden Zeiläufe als zur Abhaltung der Veranstaltung nicht gerade günstig ansahen, was schließlich auch den Verzicht auf eine Wiederholung herbeiführte. Nicht unerwähnt sei noch der Umstand, daß in den reichen Stiftungen eine reiche Quelle der Einnahmen zu sehen war und darin, daß von einer Reihe von Firmen auf Vergütung für Leistungen verzichtet wurde.

Bericht auf ihr Guthaben für Lieferungen usw. haben Gebr. Reichlin, Papierhandlung, Jägerstr. 69 (48 M.), Lauro, Karl und Emil, vorm. K. Dieber, Dekorationsmalerei, Sofienstraße 66 (642 M.); Weibel, Friedrich, Zimmergeschäft, Karlstr. 117 (645,37 M.); Müller, C. F., Hofbuchhandlung, m. B. S., Ritterstr. 1 (276 M.); Kaufmann an Rechnungen haben Gebr. Fischer, Fritz, Papierhandlung, Kaiserstr. 148 (23 M.); Diehl, Karl, Dampfmoakerei, Amalienstr. 29 (11 M.); die Zeitungen 33 1/2 Proz. an den Inseraten. Außerdem hat die Kunstvereinsanstalt Kinder, C. L., Friedrichsplatz 6, Rosetten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Schließlich sei noch der uneigennütigen Mitwirkung der Künstlerinnen, gewerblichen und sonstigen Kräfte gedacht, denen auch an dieser Stelle der wärmste Dank für das Verständnis in sozialen Dingen zum Ausdruck gebracht sei.

Das Eisenbahnunglück bei Friedrichstal vor Gericht. Vor der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichtes fand gestern nachmittag die Verhandlung statt über die Schuldfrage und die Verurteilung des Eisenbahnunglückes auf der Strecke Mannheim-Karlsruhe, das in der Nacht zum 19. September 1920, vormittags 1.35 Uhr ereignete und dessen Opfer drei Menschenleben wurden. Der Sachverhalt, der verurteilt wurde, belief sich auf über 600 000 M. Angeklagt waren der Reichswärter Theodor Borell aus Friedrichstal und der Lokomotivführer Bertold Dorer aus Schönbrunn bei Jurlwangen, wohnhaft in Mannheim, wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes. (§ 316, Ziff. 1 und 2 d. StGB.) Das Gericht beurteilte wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes in Verbindung mit fahrlässiger Tötung den Angeklagten Borell auf 8 Monaten Gefängnis und den Angeklagten Dorer auf zwei Monaten Gefängnis. Das Gericht hatte den Angeklagten in weitgehendem Maße mildernde Umstände zugestanden. Bei dem Angeklagten Dorer wurde bedingungsweise die Haft auf zwei Monate erlassen. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß in den bisherigen elfjährigen Fahrbestimmungen ähnliche Anordnungen getroffen waren, wie in den badischen, gegen die sich Dorer vergangen hatte.

e. 4 1/2 Jahre unter deutscher Flagge im Innern von Neuguinea. Über dieses Thema hielt auf Veranlassung des Deutschen Offizier-Bund (Ortsgruppe Karlsruhe) der Hauptmann der Schutztruppe, Herr Hermann Dörmann, einen Vortrag im Stadt-Rangierhaus. Von der deutschen Regierung Anfang 1914 mit der Feststellung der Grenze für den deutschen Besitz (auf Neuguinea hatten sich 31. mehrere europäische Staaten festgesetzt) betraut, machte der Vortragende sich mit einer Expedition auf den Weg ins Innere. Die Nachricht vom Kriegsausbruch brachte den Abbruch des so überaus mühselig begonnenen Weges durch dicht bestandenem Urwald, steinigen Höhen (über 3000 Meter) und die größten Unbilden kalter Temperaturen. Genauso mißlungen spätere Züge teils ins Innere, teils zur See, die den Zweck hatten, die Expedition gegen die

pläter heranrückenden Engländer auf holländisches Gebiet zu zetteln. Zu bewundern ist jedenfalls der feste, beharrliche Wille, unter den so vielerlei Schwierigkeiten (Frankheiten, hierdurch Trägernangel, auch Nahrungsmangel, teils Schwiezigkeiten mit den Eingeborenen, gänzlich ungangbare Gebiete usw.) immer von neuem wieder Unternehmungen sich hinzugeben, bis eigene schwere Krankheit Einhalt gebot. Wer Interesse an Bältern sowohl als auch an der Fauna und Flora dieses fremden Landes hat, kam jedenfalls bei dem durch Lichtbilder noch anschaulicher gemachten Vortrag auf seine Rechnung.

Aus der Theaterkasse wird uns geschrieben: Heute Freitag wird in der Titelrolle von Goethes „Phäonie auf Lauris“ Fräulein Maria Moeller vom Stadttheater in St. Gallen auf Anstellung für das Fach der jugendlichen Heroinnen galieren. Den Dreißig spielt Herr Bärner, den Phylas Herr Unger.

Badische Gemeindefchau.

LPD. Pforzheim 24. Febr. Der Bürgerausschuß beschloß die Einrichtung von vier weiteren Lehrjahren in der Gewerbeschule mit einem Aufwand von 60 000 M., den Bau einer doppelten Schulbaracke mit 6 Schulräumen und 3 Nebenräumen im Stadtteil Dillweihenfeld mit einem Aufwand von 370 000 M. und die Erhöhung des Beitrags der Grundeigentümer zu den Herstellungskosten für neue Straßenland auf 75 M. für den Meter. Sehr eingehend erörtert wurde eine Vorlage des Stadtrats, in der über die bisherigen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot berichtet wurde. Beschaffen wurden insgesamt 421 Wohnungen, teils mit, teils ohne finanzielle Unterstützung der Stadt. Von den bewilligten 21 Millionen M. für Wohnungsbauten stehen noch 4 Millionen M. zur Verfügung.

LPD. Badheim b. Donaueschingen, 22. Febr. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Krametz wiedergewählt.

Aus Schwaibach, Amt Offenburg, wird uns unterm 17. Febr. geschrieben:

Der in einer Reihe von Blättern erschienene Artikel, die „Bürgermeisterwahl“ in Schwaibach betreffend, enthält eine Fretelung der öffentlichen Meinung und bedarf dringend der Richtigstellung.

1. Die Kreispflegeanstalt Fußbach bildet einen zusammenhängenden Komplex und gehört im Gesamten rechtlich und verwaltungstechnisch zur Gemeinde Bernersbach, wenn auch ein Teil der Anstalt sich auf dem Gebiet Schwaibach befindet. Gemeindeführung Schwaibach und Kreispflegeanstalt Fußbach stehen in gar keiner Verbindung miteinander.

2. Alle umlagepflichtige Inhaber dieses Teils bezahlen, und bezahlen auch noch heute ihre Umlage nach Bernersbach.

3. Nur der Kreis als solcher bezahlt für die ihm gehörenden, auf dem Gebiet Schwaibach liegenden Grundstücke und Diegenenschaften selbstverständlich Umlage nach Schwaibach.

4. Nach Erlassen des Stat. Landesamtes Karlsruhe müssen bei allen Zählungen die Inhaber der Anstalt zur Gemeinde Bernersbach gezählt werden. Daraus geht klar und deutlich hervor, daß die Einsprache der drei Anstaltsinhaber gegen die Schwaibacher Wahl unberechtigt ist, umso mehr, als dieselben drei — die Köchin und zwei Wärterinnen — bei sämtlichen bisher stattgefundenen Wahlen auf der Wahlliste der Gemeinde Bernersbach standen. Aus diesem Grunde erfolgte auch selbstverständlich die entsprechende Bekanntmachung in der Pflegeanstalt Fußbach nicht und hat solche auch zu keiner Zeit und in keiner Weise dortselbst stattgefunden.

Aus. Schilt.

Verchiedenes.

Schüler und Verantwortungsgefühl.

Unter dieser Überschrift gibt die „Frankf. Zg.“ folgenden Bemerkungen Raum:

„Gewiß, das Trägheitsgesetz hat trotz aller durch die Umwälzung gebotenen Möglichkeiten vieler Orten seine Gültigkeit bewiesen, immerhin, wie und da werden doch erfreuliche Anzeichen neuerzeitlicher Gesinnung spürbar. So hat kürzlich der Elternrat einer Frankfurter höheren Schule einem Plan des Kollegiums seine freudige Zustimmung gegeben, der darauf ausgeht, in den beiden oberen Klassen den Schülern je nach Begabung und Reizung zwischen einer sprachlich-historischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung wählen zu lassen. Durch starke Kritische in den Lebensjahren sollen, ohne Erhöhung der Gesamtstundenzahl, langentbehrte Fächer wie Philosophie, Staatsbürgerkunde, Biologie und Kunstunterricht im Lehrplan beider Abteilungen Raum finden. Eine gute Absicht. Junge Leute zwischen 16 und 20 sind keine Kinder mehr; man soll sie spüren lassen, daß man ihnen zwar noch nicht die volle Freiheit der Studienjahre geben kann, aber sie auch nicht mehr in der Gebundenheit eines völlig undifferenzierten Lehrplanes belassen will. Diese erste Entscheidung, die sie selber treffen, wird ihr Verantwortungsgefühl erhöhen. Das Eingehen auf ihre Reigungen wird ihre Freudigkeit am Schulbetrieb verstärken. Keine grundlegende Reform — aber ein sympathischer erster Schritt.“

* Schnitzers „Reigen“ in Berlin. Im Berliner Kleinen Schauspielhaus kam es gestern abend bei der Aufführung von Schnitzers „Reigen“ zu heftigen Krawallen. Unter ungeheurem Lärm wurden Stinkbomben geworfen und eine den Atem behindernde Flüssigkeit versprüht. Die Kriminalbeamten, die im Zuschauerraum anwesend waren, verhafteten 30 Personen. Die Vorstellung wurde nach längerer Unterbrechung zu Ende geführt.

Badische Zeitungstimmten.

(Ein von Jubel der vier veröffentlichten Zeitungstimmten übernahm die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmten dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Anschauungen, die in den Blättern bei Wandel zum Ausdruck gelangen.)

„Die Befehung der Versicherungsämter in Mannheim und Freiburg.“

Der soz. Karlsruher „Ballfreund“ schreibt: „Unter dieser Überschrift macht eine Notiz die Kunde durch die bürgerliche Presse, daß die Regierung beabsichtige, die Posten der Vorsitzenden der Versicherungsämter in Mannheim und Freiburg mit Politikern zu besetzen. Für Mannheim sei der sozialdemokratische Abgeordnete Markloff und für Freiburg der Zentrumsabgeordnete Ziegelmeier vorgesehen. Im Anschluß daran wird gesagt, daß diese Meldung in Beamtenkreisen“

freien große Erregung verursache, weil wieder eine Verteilung der höheren Beamtenposten nach politischen Gesichtspunkten stattfände. Eine solche Stelle soll nur mit einem Beamten besetzt werden, der die juristische und kaufmännische Vorbildung zu dieser Stelle habe und nicht mit einem Parteimann.

Die Frage der Besetzung der Versicherungsämter in Mannheim und Freiburg ist gewiß diskutiert worden, aber Beschlüsse und Verfügungen sind darüber nicht ergangen und sollen zunächst auch nicht in Frage kommen.

Aber auf einen Grundirrtum müssen wir doch hinweisen. Und er besteht in dem Glauben, daß die sogenannten Parteimänner, wie es gewiß die Abgeordneten Warhoff und Jägermeister sind, nicht auf solche Posten wie die Versicherungsämter in Mannheim und Freiburg gebracht werden dürfen. Denn Politiker haben schließlich auch einen Beruf und wenn dieser, wie das im Falle Warhoff und Jägermeister zweifellos festzustellen ist, sie befähigt, solche Ämter zu verwalteten, so könnte kein Beamter dagegen etwas einwenden. Das wäre noch schöner, wenn man die Handhabung der Arbeiterversicherung ausschließlich den Verwaltungsbeamten überlassen würde. Die Reichsversicherungsordnung sagt ausdrücklich, daß auch Arbeitervertreter hierzu berufen werden können. Und das ist zweifellos richtig. Denn aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Vertreter der Versicherten wissen doch wohl am besten, die Arbeiter zu nehmen und ihre Interessen erfolgreich zu vertreten. Das Beamtenamt darf nicht beanspruchen, daß diese Bestimmung der Reichsversicherungsordnung außer Kurs gesetzt wird. . . .

Freie Aussprache.

Die verschiedenen Meinungen über die Bedeutung der Studentenschaft und der Burschenschaft sind ein Beweis für die Unklarheit, die über die Stellung dieser beiden Organisationen in der deutschen Nation herrscht. In der Tat sind die Studentenschaft und die Burschenschaft zwei Organisationen, die in der deutschen Nation eine große Rolle spielen. Die Studentenschaft ist die Organisation der Studenten, die die Burschenschaft ist die Organisation der Burschen. Beide Organisationen haben eine lange Geschichte und haben sich in der deutschen Nation eine große Reputation erworben. In der Tat sind die Studentenschaft und die Burschenschaft zwei Organisationen, die in der deutschen Nation eine große Rolle spielen. Die Studentenschaft ist die Organisation der Studenten, die die Burschenschaft ist die Organisation der Burschen. Beide Organisationen haben eine lange Geschichte und haben sich in der deutschen Nation eine große Reputation erworben.

Studentenschaft und Burschenschaft.

Von Zeit zu Zeit bekommt man als Student zu hören, wie groß die allgemeine Enttäuschung sei über die Haltung der Studentenschaft. Ist in der Gegenwart, die doch, ob schon oder ungeschön, ungleichzeitiger einer der Epochen ist, wo unter schwerem Kampf mit Überleben einerseits und Tagesweisheit allzu "fertiger" andererseits ein neuer Geist zum Leben erwacht. Man sehe mit Schmerz, daß die akademische Jugend ihren Überlieferungen aus der Zeit der Burschenschaften unzureichend geworden und heute nichts weniger als Führerin im Kampfe der neuen Ideen sei. Wenn man auch betonen muß, daß ja auch zur Zeit der Burschenschaften der größere Teil der neuen Ideen gleichgültig und stumpf gegenüberstand, so ändert dies ja an der traurigen Tatsache nichts, daß ohne Zweifel der größte Teil der akademischen Jugend für die Forderungen der Zeit kein oder nur ein sehr geringes Interesse besitzt. Man kann sich vielleicht damit trösten, daß es immer nur eine kleine Elite sein wird, die rechtzeitig das Notwendige erkennt und für die große Menge — auch unter den Akademikern — führend wird.

Aber freilich wer ist diese Elite? Ist es die Studentenschaft, die es vor hundert Jahren war? So wenigstens meinen gar viele, und in ehrlichem Idealismus hält man uns freilich in der Sorge, wir sollten uns an der Burschenschaft ein Beispiel nehmen. Pflichtgemäß sehen wir uns also die Burschenschaft an, wie sie sich selbst vor kurzem auf der Eisenacher Tagung präsentiert hat. Ich registriere das

hauptsächliche: Die Burschenschaft steht auf dem Klassenstandpunkt, deshalb dürfen nur Deutsche Studenten anischer Abstammung (1), die sich offen zum Deutschtum bekennen, in die Burschenschaft aufgenommen werden. Der Burschentag verpflichtet sich aufs neue, ihre Mitglieder in völkischem Geiste zu erziehen. — Der Burschentag verpflichtet die einzelnen Burschenschaften, ihre Mitglieder so zu erziehen, daß eine Heirat mit einem jüdischen oder farbigen Weib (1) ausgeschlossen ist, oder daß bei einer solchen Heirat der Betroffenen ausgeschieden. — Die deutsche Burschenschaft hält an dem Grundsatz der unbedingten Verurteilung gegenüber Ehrenhaften (1) Studenten fest. — Die deutsche Burschenschaft erkennt an, daß Mitglieder, die internationale oder separatistische Parteien unterstützen, nicht mehr Angehörige der Deutschen Burschenschaft sein können. Das also sind die Ideen, an der sich die Studentenschaft erheben soll! Dies sollen die Richtlinien sein, die der akademischen Jugend die führende Stellung als Vorkämpferin der neuen Ideen wiedergeben sollen. Auf die Gefahr hin, in den Augen der Burschenschaft nicht mehr als „ehrenhafter Student“ zu gelten, möchte ich doch ausdrücklich, daß mich beim Lesen dieser Grundsätze nur tiefes Mitleid ergreift mit solcher Verblendung. Dazu brauchen wir keine akademische Bildung, dazu keinen jugendlichen Idealismus, um diesen Nationalismus und diese grollhaften Intoleranz Andersdenkenden gegenüber zur Anschauung „völkischen“ Lebens zu machen. Man muß sich wirklich fragen, sind das die Nachfahren derer, die sich um die schwarz-rote-goldene Fahne scharten, die sie heute verächtlich wegwerfen, aus heillosen Haß und Unbuddensartigkeit gegen Andersdenkende?

Nein, das ist nicht der Geist der alten Burschenschaft! Gewiß sie schrieb auf ihre Fahnen, National- und Einheitsfahne und Freiheit! Aber diese nationalen Ideen waren die richtigen und schleiermacherischen nicht die von diesem Nationalstreben distillierte militärische Denkwiese der letzten 30 Jahre. Und wir wollen doch auch nicht vergessen — das sei nebenbei bemerkt — daß in der alten Burschenschaft auch völkerverfälschende Ideen sich geltend machten, wie überhaupt die mannigfachen Bestrebungen jener Zeit nicht auf einen Renner bringen lassen. Und weiter: Freiheit und die Idee des nationalen Einheitsstaates waren damals durchaus nicht selbstverständlich, wie sie es heute geworden sind (wenn auch natürlich immer gegenläufige Bestrebungen von Zeit zu Zeit aufstanden). Welches war damals das neue, der Geist, der in allen Lese und aufsteigende: Die Studentenschaft, d. h. ihr bester Teil, die Burschenschaft war sein Vorkämpfer, die war Führerin im Kampf um das Neue! Sicherlich ist nun heute nationale Idee und Freiheitsgedanke durchaus nicht tot; aber der mühe doch blind sein, der jetzt noch nicht sieht, daß die treibende Idee unserer Epoche die soziale ist, eine Idee, die zwar, wie gesagt in keiner Weise die nationale Idee und den Freiheitsgedanken verwirft, die aber doch sich von der materialistischen Geistesrichtung, die der Liberalismus und der von ihm gezogene Imperialismus überall gemacht und gefördert hat, abwendet und zugleich nach einer vertieften Lebensauffassung ringt.

Der Gehalt der Sozialität triumphiert über die Individualisierung und Spezialisierung, die zum Kampf aller gegen alle geführt hat. Ich kann das natürlich hier nur andeuten. Aber ich will ja auch nur zeigen, wie wenig die Burschenschaft heute geeignet ist, Führerin der akademischen Jugend oder gar des Volkes zu sein, wenn sie ihre Grundsätze mit dem Geiste der Intoleranz und kleinlichen Judenhetze erfüllt. Ich brauche ja nicht zu erinnern an die faktische Unmöglichkeit, in den allermeisten Fällen seine arische Abstammung und Blureinheit zu erweisen. Aber damit ist uns, weiß Gott, auch nicht geholfen! Wenn es wahr ist, daß dem Juden im Durchschnitt ein Krämergeist anhafte, der sich mit wahrhaft deutschem Wesen nicht vertrage — nun so soll die deutsche Burschenschaft einmal dafür sorgen, daß

das christlich-deutsche Bürgerturn in erster Linie sich frei macht von solchem Geist, der in erschreckendem Maß unsere Zeit beherrscht. Es ist doch wahrhaftig ein trauriges Geschehnis, wenn der idealistische deutsche Geist, der dem Juden ohne weiteres angeblich fremd sein soll, keinen anderen Schutz von einer lächerlichen Minderheit innerhalb des Volkes weiß, als hermetischen Abschluß oder sonstige Gewaltmittel gegen eben diese Minderheit. Im übrigen brauche ich nur den Namen Einigkeit zu nennen, um zu erweisen, daß eine äußerliche und schematische Behandlung dieser Frage das Feil nicht bringen kann. Ich muß es wiederholen: Wenn die deutsche Burschenschaft sich nicht anders gegen den Geist, den sie im Judentum belämpft, zu schützen weiß, als durch Hervorkehrung eines wissenschaftlich wie menschlich nicht haltbaren Klassenstandpunktes, der viele, sehr viele gut deutsch empfindende Juden vor den Kopf stößt, so tut sie mir leid. Jedenfalls ist sie nicht geeignet, uns Studenten Vorbild und Führerin zu sein. Wir wissen, ich habe es schon angedeutet, daß es immer eine Minderheit ist, welche den Geist der Zeit zu deuten weiß. Ich vermute mich so wenig, wie es Gleichgesinnte tun, diesen Vorzug zu besitzen. Aber fobiel weiß ich, daß es die Burschenschaft von heute nicht ist, die uns jungen Akademikern den Weg in die Zukunft weisen kann und darf. Freilich, daß bislang nicht innerhalb der Studentenschaft eine machtvolle Bewegung, die den Geist der neuen Zeit (nicht der jehisigen, sondern der kommenden!) auf ihr Schild erhebt, ans Licht des Tages getreten ist, kann einen mit Schmerz erfüllen, wenn ich auch überzeugt bin, daß vereinselt und verborgen solche Kräfte genug innerhalb der akademischen Jugend zu finden sind.

Ottohelm Burschardt, stud. phil.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Februar d. J. den früheren Bezirksrichter Dr. Adolf Schumacher beim Gouvernament von Kamerun zum Oberamtsrichter in Forzheim und den Gerichtsassessor Heinrich Stoll aus Weinsheim zum Hilfsstaatsanwalt ernannt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Betriebsinspektor Albert Kind in Karlsruhe unter Verteilung der Amtsbezeichnung Oberbetriebsinspektor zum Vorstand der Eisenbahnhauptkasse ernannt;

Zu vergeben sind 6 Echeuxsteuerpreise von je 571 M. 42 Pf. aus der Georg-Gesellschaft Stittgen und aus der Maria-Sittoria Stiftung den i. g. Altkad. Fonds in Baden an verwaiste oder väterlose und andere tugendhafte arme katholische Mädchen aus der ehemaligen Markgrafschaft Baden, die sich mit einem katholischen Manne bereicherten und über einen ehelichen und e. b. bestimmten Lebenswandel ausweisen.

Unter sonst gleichen Verhältnissen sollen diejenigen vorzugsweise berücksichtigt werden, die durch vier und mehr Jahre in dem nämlichen Dienst geblieben haben. Verleihungsgesuche sind innerhalb 14 Tagen mit Zeugnissen über Geburt, Lebensverhältnisse, des Verhaltens und treuer Dienstleistung bei der Gemeindegewalt des Heimatortes einzulegen und von dieser können weitere 14 Tagen dem Bezugsamt mit beglaubigtem Antrag zur Angabe der Vermögens- und Familienverhältnisse vorzulegen.

Nur solche Verleihungen werden berücksichtigt, die zur Zeit der Verleihung der Preise noch nicht beeinträchtigt sind.

Karlsruhe, den 11. Februar 1921.

Verwaltungs-
Rat.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 26. Februar. 6^{1/2}, bis geg. 10 Uhr. Mk. 12.—
Judith.

Im Landestheater. So. 27.: Die Meistersinger von Nürnberg. 1/5. (25.—) — Mo. 28.: Volksbühne. I. G. Der Evangelist. 7. (17.—, nur Stehplätze vorhanden). — Die 1. März* Die Entführung aus dem Serail. 7. (17.—) — Mi. 2.: Der Leibgardist. 7. (12.—) — Do. 3.: Zum letzten Male: Der lebende Leichnam. 6^{1/2}. (12.—) — Fr. 4.: Lie Bohème. 7. (17.—) — Sa. 5.: Judith. 6^{1/2}. (12.—) So. 6.: Vorm. 11^{1/2}, in der Wandelhalle des I. Rang: Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes. Vortrag von Prof. Dr. Dibelius über das Theater und das neue Publikum. Abends 6^{1/2}: Die Zauberflöte. (20.—) — Mo. 7.: VI. Sinfonie-Konzert des Landestheater-Orchesters. Dirigent: Fritz Cortolezis.

Im Konzerthaus. So. 27.: Die Journalisten. 7. (11.—) — Fr. 4.: Volksbühne, M. 1.: Die Stützen der Gesellschaft. 7. — So. 6.: Zwanzigquartierung. 7. (11.—)

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 26., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 28. an. 3.885

E. Büchle Kunsthaltung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstr. 123 u. Karlstraße
Wandbilderschmuck
Bildereinrahmungen
Inh. W. Bertsch

Flügel u. Pianos
von
Bochstein
Blüthner
Grotlan
Steinweg
Thürmer
Mannborg-
Harmontium
empfehlend
der Alleinvertreter
L. Schweisgut
Karlsruhe
Erbprinzenstraße 4.

Jungfer Mann
Sucht Stellung a. S. S. n. e. d. t.
auf dem Lande in der Umge-
bung v. Karlsruhe z. 1. März.
Angeb. u. Z. 947 an d. Expedi-
tion der Karlsruh. Zeitung.

Getreideanstalt.
Gesucht wird eine vor-
zügliche Arbeitskraft, die
selbstständig arbeiten kann
und Erfahrung und Ge-
wandtheit im Verwal-
tungsdienst, insbesondere
auch im schriftlichen Aus-
druck besitzt. 3.942.21
Bewerber aus dem Kreis
der mittleren Verwal-
tungs- oder Justizbeam-
ten wollen ihre Gesuche
mit selbstverfaßtem Le-
benslauf bis 10. März
1921 einreichen.
Die Stelle ist in Grup-
pe VII der Beförderungs-
ordnung.
Bürgermeisteramt
Konstanz.

Karlsruher Brauereigesellschaft

vorm. A. Schrempf & U. Prink, Karlsruhe.

Vermögen.		Jahresrechnung auf 1. September 1920.		Verbindlichkeiten.	
	1920		1920		1920
Bilanzgegenstände	2 614 520	Aktienkapital	2 900 000		
Maschinen und Geräte	457 015	Hypothekendarlehen	842 443	75	
Vorräte	472 340	Gewinnrücklage	210 000		
Bilanzgegenstände	10 000	Umsatzsteuer	756 000		
Schuldner	3 340 739	Zweifelhafte Forderungen	219 723	97	
Kassenbestand	52 572	Wiederbewertung	350 000		
		Unterstützungsfonds	13 293	30	
		Bilanzgegenstände	10 000		
		Bläubiger	1 312 482	19	
		Gewinn- und Verlust-Rechnung:			
		Gewinn-Vortrag auf 1. Sept. 1919	35 302	95	
		Reingewinn	247 940	81	
		Reingewinn	283 243	76	
			6 947 186	97	

Soll.		Gewinn- und Verlust-Rechnung.		Haben	
	1920		1920		1920
Abreibungen	138 193	Vertriebs-Überschuss	386 133		
Reingewinn	247 940				
	386 133				

Gleichzeitig wurden in den Aufsichtsrat wieder gewählt die Herren: Geschäftsr. Dr. G. Witz, Hauptmann a. D. A. Köber, Brauerei-Direktor J. Gantner, Privatmann U. Prink und Privatmann R. Prink.

Der Vorstand:
A. Schrempf, J. Schrempf, H. Rademeyer.

M. 5. 2. 1. Durlach. Die Ehefrau des Fuhrunternehmers Andreas Steinbecker Katharina geborene Schabinger in Karlsruhe, Küppelstraße 92, hat beantragt, das Aufrechterhalten des Vermögensverfahrens zum Zweck der Ausschließung der als Eigenamerin des Grundstücks Lag. Nr. 754 der Gem. Karlsruh. Königshaus im Grundbuch Königsbach Land 18 C. 30 Nr. 1 O. 3. 1 eingetragenen verstorbenen Han-

delemann Salomon Isaac Witwe Maria geb. Herz in Karlsruhe einzuleiten. Die eingetragene Eigentümerin bezw. deren Erben werden aufgestellt, ihre Rechte spätestens in dem auf Dienstag, 19. April 1921, vormittags 10 Uhr, bestimmten Aufgabstermin anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgt wird. Karlsruhe, 18 Febr. 1921. Amtsgericht 2.

M. 5. 2. 1. Forzheim. Es ist beantragt, die rechtliche Ehe Wilhelm Pfaffing Ehefrau, Sophie Karis geb. Gauerhann, geb. am 4. April 1841 in Forzheim, zuletzt wohnhaft in Forzheim, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verstorbenen wird aufgestellt, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 6. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Forzheim — Zimmer 13

— anberaumten Aufgabstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgabstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Forzheim, 22. Febr. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts H. J.

M. 3. 2. 1. Tauberbischofsheim. Der minderjährige Ferdinand Hans Bauer in Darmstadt, vertreten durch Rechtsanwalt Spiegel hier, klagt gegen den Eisenbahnsänger Leo Seidenpinner, geborenen in Weibach, zuletzt wohnhaft in Lauba, kurzzeitig an unbekanntem Ort, aus Unkenntnis gegen § 1188 ff. BGB mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung einer Monatsrente von 150 M. werte jährlich voranzahlbar beginnend mit dem 10. September 1920 bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahr und Tragung der Kosten. Leo Seidenpinner wird zur mündlichen Verhandlung des Nachstretens vor dem Amtsgericht Tauberbischofsheim auf Montag, den 11. April 1921, vormittags 10 Uhr, vorgeladen, § 230, 115/247. Tauberbischofsheim, den 17. Februar 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

M. 5. 2. 1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Fabrikarbeiters Gottlieb Wieland, Karoline geb. Greiner zu Poppenweiler, Prospektbolzschützler, Rechtsanwält Dr. Julius Gutmann in Karlsruhe, klagt gegen ihren Ehemann, den Fabrikarbeiter Gottlieb Wieland, früher zu

Forzheim, Hofgut Gaidach, jetzt unbekannt wo, unter der Behauptung, ihr Ehemann habe sie schon im Jahre 1902 verlassen, sich nie um sie gekümmert und ihr keinen Unterhalt gewährt, mit dem Antrage auf Scheidung der am 7. Juli 1900 in Poppenweiler geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten. Urteilsantrag in der Vermögens- und Familienverhältnisse der Parteien. Forzheim, 19. Febr. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bauamts-Vorstandsstelle.
Die Stelle des Bauamtes unseres Bauamtes mit der Amtsbezeichnung „Stadtbaumeister“ ist auf 1. April d. J. neu zu besetzen. Bezugszeit wird ein Bewerber, der neben dem Tiefbau über Erfahrungen im Hochbauwesen verfügt. Gehalt nach Klasse X der staatlichen Beförderungsordnung. Bewerbungen sind bis 10. März d. J. eingereicht zu werden. Karlsruh., 22. Febr. 1921. Der Gemeindevorstand: H. Nenner. Joller.